



Militär-Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Bezugs monatlich 1.60 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Circulation No. 56 bei der Oberamtspoststelle Wildbad. — Postfachkonto 291 74 Stuttgart. — Verleger: Engstobant Haberle & Co., Wildbad; Hochheimer Gemeindefabrik Wildbad. — Druck: Verlag v. verantw. Schriftleitung: Theodor Gsch. Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 24, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 98 Fernruf 479 Samstag den 28. April 1934. Fernruf 479 69. Jahrgang.

Alarmsignal aus Spanien

Zum Rücktritt des Kabinetts Lerro

Die Entladung der von Spannungen erfüllten politischen Situation in Spanien ist über Nacht gekommen und hat über das weitere Schicksal des Landes völlige Ungewißheit gebracht, auch wenn zunächst für die durch den Rücktritt des Kabinetts Lerro herbeigeführte Ministerkrise eine den formalen Vorschriften der Verfassung entsprechende Lösung gefunden wird. Die Ereignisse haben sich in den letzten Tagen überstürzt. Am Sonntag löste die Parade der Jugendorganisationen der Katholischen Aktion im Estorial plötzlich und unerwartet als Protest der sozialistischen Linken den Generalkrieg in Madrid und Teilstreiks im Lande aus. Die Regierung sah sich veranlaßt, den Alarmzustand zu verhängen. Kaum aber war wenigstens äußerlich wieder einige Beruhigung eingetreten, so ergab sich ein Konflikt zwischen dem Kabinett und dem Präsidenten der spanischen Republik. Das Ministerium Lerro hatte, um dem sich schon seit geraumer Zeit vorbereitenden Wandel in der politischen Gesamtsituation des Landes Rechnung zu tragen, eine Amnestievorlage ausgearbeitet, nach der eine Reihe der in den Aufstand von 1932 verwickelten Offiziere, die jetzt im Gefängnis sitzen, begnadigt und freigelassen werden sollten. Der Streik der Sozialisten und der mit ihnen vereinten Links-Extremen richtete sich übrigens auch gegen diese Amnestievorlage. Die Cortes nahmen sie gegen den heftigsten Widerstand der Linksparteien an, aber nun verweigerte Präsident Zamora seine Unterschrift. Zamora ist noch ein Ueberbleibsel des einstigen Linksregimes in Spanien. Der Minister Lerro versuchte einen Ausweg aus diesem Konflikt dadurch, daß er beschloß, das Amnestiegesetz mit gewissen individuellen Ausführendbestimmungen zu versehen, nach denen gegen besonders verdächtige Offiziere spezielle Sicherheitsmaßnahmen verfügt werden können. Der Präsident hat daraufhin zwar seine Unterschrift unter das Gesetz geleistet, gleichzeitig aber seine grundsätzlichen Einwendungen, die sich darauf beziehen, daß einzelne Abschnitte der Amnestie im Widerspruch zu früher erlassenen Gesetzen stehen, formuliert und verlangt, daß sie mit dem Gesetz zusammen veröffentlicht werden. Das hat die Regierung verweigert, und ihre Demission erklärt.

Die verfahren Lage, die dadurch herbeigeführt wurde, ist nun im letzten Augenblick noch dadurch verschärft worden, daß gegen den zurückgetretenen Innenminister Alonso in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag ein Handgranaten-Attentat verübt wurde, das zwar glücklicherweise mißlang, aber doch eben der Ausdruck der hemmungslosen Opposition der Linkspartei gegen das vom Kabinett Lerro geführte Regime ist.

Den Anspruch der Sozialisten, die Regierung aus ihren Reihen zu bilden, hat Zamora abgelehnt. Bei ihrer numerischen Schwäche in der Kammer wäre dieser Versuch auch völlig aussichtslos. Die Mehrheitsverhältnisse gestatten aber angesichts der Parteizersplitterung auch keine andere sichere Lösung, und es scheint beinahe, als sollte sich die Entwicklung außerhalb der Regeln des parlamentarischen Systems vollziehen. Als die Kammer nach dem Rücktritt Lerro auseinanderging, ertönten von der einen Seite Lese: „Es lebe der König!“, von der anderen: „Es lebe die Republik!“ In Madrid werden Gerüchte verbreitet, daß sowohl von Rechts wie von Links ein Umsturzversuch geplant sei. Nachdem durch die letzten Ereignisse die Erregung aufs äußerste gesteigert wurde, muß auch mit diesen Möglichkeiten gerechnet werden.

Deutschland und die Abrüstungsfrage

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath vor Vertretern der deutschen Presse

Berlin, 27. April. Reichsaußenminister Freiherr von Neurath hielt am Freitag abend vor einem Kreis von Vertretern der deutschen Presse eine Rede, in der er u. a. folgendes ausführte: Die seit mehr als 6 Monaten geführten Verhandlungen zwischen den hauptsächlich beteiligten Großmächten sind von Frankreich brüsk abgebrochen worden und zwar mit einer Verwundung, die die schwersten Beschuldigungen gegen Deutschland in sich schließt.

Die in der französischen Note gegen Deutschland gerichteten Anklagen und Vorwürfe sachlich im einzelnen zu entkräften, scheint mir allerdings kaum erforderlich zu sein. Es ist ja leicht zu sehen und ist sicherlich nicht nur in Deutschland erkannt worden, daß die wahren Gründe für den schwerwiegenden Entschluß der französischen Regierung in anderen Dingen liegen, als den von ihr jetzt beanstandeten Zahlen unseres letzten Wehretats. Auch es nicht von vornherein einem jeden, der die Dinge natürlich und einfach sehen will, in Einklang setzen, daß eine Regierung, deren eigene Wehrausgaben sich im letzten Jahre auf über 16 Milliarden Franken beliefen, Alarm schlägt wegen des auf 890 Millionen Reichsmark beschränkten Wehretats ihres Nachbarlandes? Ist es nicht befremdend, wenn die französische Regierung die diesjährige Erhöhung des deutschen Wehretats um etwa 220 Millionen RM, als eine Friedensbedrohung brand-

Tagespiegel.

Reichsaußenminister von Neurath hielt vor Vertretern der Presse eine Rede über die Abrüstungsverhandlungen in den letzten sechs Monaten.

Der Rechtswalter der evangelischen Kirche, Ministerialdirektor Jäger, gab eine Unterredung über seine Aufgaben.

In Oesterreich tritt am 1. Mai der Nationalrat zusammen, um die neue Verfassung in Kraft zu setzen.

Zur Ablehnung des sowjetrussischen Garantieplanes gab Litwinow Erklärungen ab, die an der deutschen Haltung nichts ändern.

China versucht England und Amerika für eine Intervention in Japan zu gewinnen, um die japanischen Vorkriegsverhältnisse zu unterbinden.

marken will, obwohl der größte Teil dieser Summe für die gerade von Frankreich geforderte Umwandlung unserer Reichswehr in Infanterie genommen worden ist? Hat nicht Frankreich selbst seine Wehrausgaben in den letzten Jahren trotz der schwebenden Abrüstungsverhandlungen wiederholt sprunghaft erhöht?

Und kann eine Macht, die über die gewaltigste militärische Aufrüstung der Welt verfügt und ihre eigene hochentwickelte Zivilisationskraft mit den größten Mitteln unterstüzt, wirklich ernstlich in Sorge darüber sein, daß Deutschland, um seine Zivilbevölkerung durch besondere Einrichtungen in den Ostgebieten gegen feindliche Luftangriffe zu schützen, den Betrag von 50 Millionen und daneben für die Reorganisation der seit Jahren darniederliegenden Zivilisationskraft den Betrag von 100 Millionen RM. in seinem Etat bereitstellt? Man braucht nur das von der englischen Regierung veröffentlichte Statement vom 18. April d. J., das die letzte deutsche Stellungnahme kurz zusammenfaßt, der gleich darauf veröffentlichten französischen Note an England gegenüberzustellen, und zu erkennen, daß das Verhalten Deutschlands nicht den geringsten stichhaltigen Grund für die plötzliche Flucht aus den Verhandlungen darbot. Die französische Regierung will den entscheidenden Gesichtspunkt für die Beurteilung des deutschen Wehretats allein aus der Tatsache entnehmen, daß die Versailles Vertragsregelung noch durch keinen anderen Vertrag ersetzt sei. Ich verzichte darauf, diesen Standpunkt durch den Hinweis zu widerlegen, daß die militärischen Klauseln des Versailles Vertrages überhaupt nichts über die Höhe des deutschen Wehretats enthalten und daß die etatsmäßige Bereitstellung von Mitteln noch nicht mit ihrer tatsächlichen Veranschlagung gleichbedeutend ist. Denn weit wichtiger ist es, sich klarzumachen, was der französische Standpunkt im Prinzip besagt. Er läuft darauf hinaus, daß die Behandlung der Abrüstungsfrage im freien Belieben der hochgerüsteten Staaten steht, daß Deutschland dagegen geduldig abzuwarten hat, was sie beschließen, und daß es selbst dann kein Recht hätte, etwas zu fordern und zu tun, wenn die anderen Mächte nach den bisherigen acht Jahren noch weitere zwei oder fünf oder zehn Jahre ergebnislos verhandeln und dabei ihre eigenen Rüstungen sorgfältig steigern. Ich gestehe offen, ich habe es nicht für möglich gehalten, daß eine Regierung bei dem jetzigen Stand der Dinge und angesichts der ganzen Art, in der wir die Verhandlungen mit ihr geführt haben, heute noch ernsthaft mit einer solchen These hervortreten könnte. Sie stellt das ganze Fundament der Abrüstungsfrage nicht nur in rechtlicher, sondern auch in politischer und historischer Beziehung einfach auf den Kopf.

Die Signatarmächte sind seit langem nicht mehr frei, in der Abrüstungsfrage nach beliebigem Ermessen und Gutdünken zu handeln. Sie haben in den Verträgen von 1919 dem Problem seine konkrete Form dadurch gegeben, daß sie einerseits die Zentralmächte zur reiflichen Entwaffnung gezwungen, daß sie andererseits aber diese außerordentliche Maßnahme vertraulich als ersten Schritt zur Durchführung der allgemeinen Abrüstung festzulegen haben. Die Leistung Deutschlands ist bis zum letzten Buchstaben des Vertrages erfüllt worden. Die seit Jahren fällige Gegenleistung, die Durchführung der allgemeinen Abrüstung steht vollständig aus, und nirgends ist ein Anhaltspunkt dafür gegeben, daß sie in absehbarer Zeit bewirkt werden würde. Das ist die wirkliche Grundfrage des Abrüstungsproblems. Es hat lange genug gedauert, bis endlich die Abrüstungskonferenz zusammenberufen wurde. Aber sie ist doch schließlich zusammenberufen worden, und so fruchtlos ihre Verhandlungen auch geblieben sind, das eine ist dadurch doch wenigstens gegenüber der jetzt von Frankreich beliebten These klar gestellt und zur allseitigen Anerkennung gebracht worden, daß nämlich eine Fortdauer des Zustandes einseitiger Entwaffnung Deutschlands inmitten seiner hochgerüsteten und auch in ihren künftigen Rüstungsmaßnahmen unbeschränkte Nachbarn eine haarsträubende Rechtswidrigkeit und eine politische Unmöglichkeit sein würde. Ein einfaches Verbleiben Deutschlands bei dem ihm in Versailles aufgezwungenen Rüstungsregime wäre deshalb nur dann in Frage gekommen, wenn die anderen Mächte sich entschließen hätten, ihre Rüstungen auf das gleiche Niveau herabzusetzen. Aber diese Forderung ist kategorisch abgelehnt worden, und seitdem konnten sich die Verhandlungen, soweit sie Deutschland betrafen, nur noch um die Frage bewegen, auf welche andere Weise die deutsche Gleichberechtigung zu verwirklichen wäre. Das ist in der bekann-

ten Fünf-Mächte-Erklärung vom Dezember 1932 ausdrücklich und bindend festgelegt und durch die seitherigen Abrüstungsverhandlungen, so ergebnislos sie auch sonst verlaufen sind, bestätigt worden. Mit Recht hat deshalb die deutsche Regierung in ihrem an die französische Regierung gerichteten Memorandum vom 13. März ds. Js. es als eine selbstverständliche von allen Seiten längst anerkannte Tatsache hingestellt, daß für Deutschland unter keinen Umständen mehr ein Rüstungsstand in Betracht kommen könne, wie er in Versailles festgelegt wurde.

Will man aber schon nach rein formalrechtlichen Grundsätzen urteilen, dann sollte man sich die Frage vorlegen, wem wohl das bessere Recht zur Seite steht, ob Frankreich, wenn es die These seiner letzten Note vertritt, oder Deutschland, wenn es jetzt etwa darauf bestehen wollte, seine Gleichberechtigung sofort und uneingeschränkt bis zu dem Maße verwirklicht zu sehen, das dem Rüstungsstande der hochgerüsteten Staaten, vor allem Frankreichs, entspräche?

Deutschland hat diesen Anspruch nicht erhoben. Es hat zwar an der Gleichberechtigung als Grundgedanke und an seiner Verwirklichung als dem künftigen Endziel festgehalten, hat sich aber in nüchternen, realpolitischen Würdigung der gegebenen Verhältnisse dazu verstanden, für die erste Abrüstungskonvention ein Regime zu akzeptieren, das nur einen äußerst bescheidenen Teil jenes Endzieles in die Tat umsetzt. Wir haben an diesem maßvollen Standpunkt auch dann festgehalten, als sich immer deutlicher herausstellte, daß mit irgendwelchen erheblichen Abrüstungsmahnahmen der hochgerüsteten Staaten, insbesondere Frankreichs, nicht zu rechnen war. Wir haben auf alle Anreizmaßnahmen von vornherein verzichtet. Wir haben erklärt, daß wir jede auch noch so weitgehende Rüstungsbeschränkung für Deutschland annehmen würden, wenn das auch seitens der anderen Mächte geschieht. Wir haben es also in die Entschliebung der anderen Mächte gestellt, welche Waffenarten künftig überhaupt noch allgemein als zugelassen gelten sollen. In der besonders wichtigen Frage der Aufrüstung haben wir, wie sich aus dem erwähnten Statement der englischen Regierung ergibt, auch hinsichtlich der Quantität unserer Forderungen die weitgehendsten Zugeständnisse gemacht. Daneben haben wir uns mit der Einführung einer wirksamen Kontrolle einverstanden erklärt und haben alle denkbaren Garantien, um den nichtmilitärischen Charakter der politischen Organisationen in Deutschland sicherzustellen, gegeben.

Ist es angesichts dieses überall bekannten Sachverhalts überhaupt noch verständlich, wenn in der letzten französischen Note der Vorwurf erhoben wird, Deutschland wolle den anderen Mächten seinen Entschluß aufzwingen, seine Aufrüstung auf allen Gebieten und in einem von ihm allein zu bestimmenden Umfang fortsetzen? Wir sind bis an die äußerste Grenze desjenigen gegangen, was noch mit unseren vitalen Interessen zu vereinbaren war.

Auch jetzt sind wir zur Verständigung jederzeit bereit.

Noch letzten ist zur Erleichterung und Förderung der internationalen Verhandlungen vom Reichspräsidenten ein besonderer Bevollmächtigter für die Abrüstungsfrage ernannt worden. Es war niemals unser Ziel, die Frage des künftigen deutschen Rüstungsregimes einfach durch einseitige Entschlüsse und Maßnahmen zu lösen. Die Reichsregierung ist sich stets der Tatsache bewußt gewesen, und ist sich ihrer auch heute bewußt, wie gegenwärtig sich gerade eine Einigung über das Abrüstungsproblem für die Wiederherstellung des Vertrauens und für die politische und wirtschaftliche Zukunft aller Länder auswirken würde. Deshalb wünschen wir nach wie vor das baldige Zustandekommen einer Konvention. An den Vorschlägen und Zugeständnissen, wie wir sie zuletzt gemacht haben, halten wir fest. Alle Behauptungen, als ob wir uns nicht nur auf die Vorbereitung einer denselben Aufrüstung, sondern auf die Aufrüstung mit Angriffswaffen eingestellt hätten, verweise ich auf das entschiedenste in das Reich der Fabel. Unsere Vorschläge und Zugeständnisse aber zum Inhalt eines Vertrages zu machen, das steht jetzt nicht mehr bei uns, sondern bei den anderen Mächten. Nachdem die französische Regierung dem von uns eingeschlagenen, nach unserer Ansicht allein zweckmäßigen Weg durch ihren plötzlichen Entschluß verbart hat, kann es nicht unsere Sache sein, ihn von neuem zu eröffnen.

Wir sind uns über den Ernst und die Schwierigkeiten der Lage, die durch den letzten französischen Schritt entstanden ist, im klaren. Unser Standpunkt ist aber in rechtlicher, moralischer und politischer Beziehung zu fest gegründet, als daß wir der weiteren Entwicklung der Dinge etwa mit Angst entgegensehen müßten. Die deutsche Regierung steht glücklicherweise nicht allein mit ihrer Überzeugung. Die englische und italienische Regierung haben ihre Auffassung über die anzutretende Lösung seit langem bekanngegeben, eine Auffassung, die in den entscheidenden Grundlinien mit unserer eigenen übereinstimmt. Auch die neutralen Mächte haben sich neuerdings mit Nachdruck für die Notwendigkeit des baldigen Abschlusses einer

Abriistungskonvention ausgesprochen, die dem Grundsatz der Gleichberechtigung Rechnung trägt.

So können wir erwarten, daß sich die Gelehe der Vernunft und der Billigkeit, die in diesem Falle so klar zutage liegen, schließlich doch Geltung verschaffen werden. Die Reichsregierung hat dafür, soweit es an ihr liegt, alle Voraussetzungen geschaffen. Nur ein gegen Angriffe gesichertes Deutschland kann die Friedensfunktion erfüllen, die ihm im Zentrum Europas obliegt. Ein wehrloses Reich müßte nach allen Gelehen der Geschichte schließlich zu Machtkämpfen und zur Zerrüttung des Kontinents führen. Mögen die anderen Regierungen die große Chance benutzen, die ihnen die Reichsregierung unter ihrer starken und sicheren Führung bietet. Unsere Hand bleibt auch weiterhin zur Verständigung ausgestreckt, und ich wiederhole, was ich schon öfter erklärt habe: Es kommt nur auf den Entschluß der anderen Regierungen an, diese Hand zu ergreifen.

Für den 1. Mai alles gerüstet

Reichsminister Dr. Götters besichtigt das Tempelhofer Feld

Berlin, 27. April. Auf dem Tempelhofer Feld, dem Schauplatz des Staatsaktes am 1. Mai, fand am Freitag durch Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Götters eine Besichtigung statt, zu der die Vertreter sämtlicher für die Organisation des Aufmarsches in Betracht kommenden Behörden und Organisationen erschienen waren.

Ministerialrat Gutterer erstattete dem Minister eingehend Bericht über die Vorbereitungen und die Abwicklung der Veranstaltung. Minister Dr. Götters interessierte sich eingehend auch für die Vorbereitungen zum Wohl und Wehe der Aufmarschteilnehmer. Etwa 8000 Sanitäter werden Hilfe suchenden den ersten Beistand leisten können und mehr als 400 Ärzte stehen einsatzbereit zur Verfügung. 16 große Rettungswagen nehmen ernstlich Erkrankte so lange auf, bis sie von einem der 30 zur Verfügung stehenden Rettungswagen ins Krankenhaus geschafft werden können. Diese Maßnahme ist auch im Vorjahr vorzüglich getroffen worden, obwohl am 1. Mai 1933 nicht ein einziger ernstlicher Unfall zu verzeichnen war. Da der größte Teil der Kundgebungsteilnehmer ungefähr zehn bis zwölf Stunden auf den Beinen sein wird — den An- und Abmarsch mitgerechnet — stehen ihnen in annähernd hundert Verkaufsständen Limonade, Kaffee und andere Getränke zur Verfügung; auch 55.000 Liter Trinkwasser stehen bereit.

Die Aufmarschleitung hat ein Kleinflugzeug gechartert, von dem aus etwaige Verstopfungen der Flüge der Aufmarschleitung funktentelegraphisch gemeldet werden. Vor allem soll die Beobachtung aus der Luft der Aufmarschleitung Kenntnis geben, wenn das Feld belegt ist, so daß die noch anflutenden Massen rechtzeitig nach dem nahe am Feld gelegenen Reutlinger Volkspark geleitet werden können, wo ebenfalls große Lautsprecher aufgestellt sind.

Zur deutschen Maifeier

Reichsminister Dr. Frick über den Sinn

Berlin, 27. April. Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht einen Artikel des Reichsministers Dr. Frick über den Sinn der deutschen Maifeier. Darin heißt es u. a.: Die Maifeier ist kein Volksfest allen Stiles mehr, sondern eine Kundgebung nationalsozialistischer Volkswundenheit. An diesem Tage marschieren nicht Klassen und Stände, sondern nur Deutsche, Nationalsozialisten, Volksgenossen hinter den Fahnen Adolf Hitlers, die heute die Zeichen des Deutschen Reiches sind, alle gegen im friedlichen Wettbewerb der nationalen Arbeit. Vor einem Jahre verkündete Adolf Hitler den Plan, in zweimal vier Jahren die Not des Volkes auszutreiben. Ein Jahr nachher sieht das Reich anders aus! Voll Stolz und Ruhe darf man heute sagen, daß dieses eine Jahr aus dem Deutschland der Not und Erwerbslosigkeit, aus einem Lande der Hoffnungslosigkeit und der Zerrüttung, der außenpolitischen Isolierung und der innenpolitischen Unsicherheit ein Reich der Arbeit, der Ordnung, des Aufbaues und des Friedens gemacht hat. Die deutsche Maifeier 1934, der nationale Feiertag der Arbeit, steht mit Recht im Zeichen der frohen Sicherheit, die es gelingen werde, die Not unserer Tage und das furchtbare Erbe der Nachkriegszeit zu überwinden. Das wird aber nur möglich sein, wenn der Geist des Nationalsozialismus, der Glaube an die sieghafte Kraft der Volksgemeinschaft das ganze deutsche Volk erfüllt. Das ist der Sinn der deutschen Maifeier, daß sie die Größe und Kraft der Idee Adolf Hitlers dem deutschen Volke und der ganzen Welt zeige und damit den unerschütterlichen Willen kundgebe, auf dem Wege friedlicher Arbeit zu Freiheit und Brot fortzuschreiten bis zum Siege!

Übergabe des Maibaum an die Reichshauptstadt

Berlin, 27. April. Der zum Maibaum der Reichshauptstadt ausersene Schwarzwaldkiefer, der auf dem Anhalter Bahnhof im Sonderzug mit seiner Begleitung von vier Schwarzwaldler Holzschlägern und einem Förster eingetroffen ist, wird am Samstag nachmittag unter Anteilnahme der Bevölkerung vom Brandenburger Tor zum Lustgarten übergeführt. Der Transport wird aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem neuen Transportwagen der Reichsbahn durchgeführt, die die Waggons, welche den Baum hierher gefahren haben, tragen. Begleitet wird der Stamm auf seinem Weg durch Musikzüge und Gruppen des Amtes „Volkstum und Heimat“ in der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“.

Verbot aller Schulferien am 1. Mai im Saargebiet

Saarbrücken, 27. April. Wie uns mitgeteilt wird, hat dieser Tage die Schulabteilung der Regierungskommission eine Verfügung an die Direktoren der höheren Schulen des Saargebietes der gewerblichen Berufsschulen und an die Kreisfachsulleiter gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß der 1. Mai im Saargebiet weder geschlicher noch kirchlicher Feiertag sei und daß deshalb an diesem Tage in allen Schulen ordnungsmäßiger Unterricht stattfinden müsse. Die Regierungskommission verbietet weiterhin alle über das normale Maß hinausgehende Beurlaubungen von Lehrern und Schülern.

Berufswettkämpfer reisen nach Berlin

NSA. Der Reichsberufswettkampf geht seiner Entscheidung zu. Ueber 500 jugendliche Bezirkskämpfer aus allen Teilen des Reiches treten Donnerstagnachmittag in Berlin ein, wo sie von Oberbürgermeister Dr. Sahn und Oberberufswettkämpfer Arthur Arzmann, dem Schöpfer des Reichsberufswettkampfes, im Rathaus als Gäste der Reichshauptstadt feierlichst begrüßt wurden. Die Jungarbeiter aus den Fabriken, Kaufmannslehrlinge, Handwerker und Jungbauern werden alle ihre Ehre dazwischen setzen, durch den Führer geehrt zu werden. Der Führer der deut-

lichen Jugend, Reichsjugendführer Baldur von Schirach, wird in Anwesenheit von Vertretern der Regierung sowie der Stadt Berlin vor den Amtsleitern der Deutschen Arbeitsfront und den Wirtschaftsführern diesen Endkampf eröffnen. Am Freitag begann in den Räumen des Preußenhauses der Endkampf um die beste berufliche Leistung. Nach dieser Feier begannen die theoretischen Prüfungen.

Im Haus der Deutschen Jugend, der großen Reutlinger Jugendherberge, ist großes Leben und Treiben. In kleinen und größeren Gruppen treffen sie ein, Jungens und Mädels, aus allen Teilen des Vaterlandes. In den Schaffkälen wimmelt es wie in einem Ameisenhaufen, und im Speiseaal wird lustig mit den Kaffeetassen geklopert. Sie sitzen in Gruppen zusammen, Jungens aus Schlesien und Bayern, aus Ost- und Westpreußen, dem Rheinland, Westfalen und aus Mitteldeutschland.

Eben kam eine Gruppe aus Oberschlesien. Da ist ein 14jähriger Bauernsohn aus einem Dorf bei Deutsch-Lissa. Aus seinem Dorf ist er noch selten herausgekommen. Daß er aber mal so schnell nach Berlin kommen würde, hätte er sich doch nicht träumen lassen. Als gestern nachmittag um 5 Uhr ein Eilbrief kam, da waren die Eltern ganz erschrocken und hatten ihn zunächst gar nicht fahren lassen wollen. Aber der Junge mußte raten. Wozu gibt es einen Kreisbauernführer. Er erschien dann auch richtig, und fünf Minuten später ging es nach Deutsch-Lissa, eine neue Dose kaufen. Und heute früh um 5 Uhr brachte ihn der Kreisbauernführer an die Bahn.

Da ist ein Bergjungermann aus Hindenburg OS. Als gestern der Eilbrief kam, war die Mutter nicht schlecht erschrocken über den amtlichen Stempel auf der Rückseite, und ihr erster Gedanke war, was der Junge denn nun schon wieder ausgefahren hätte. Als die Eltern dann aber hörten, daß es schon zwölf Stunden später zum Ausscheidungslampf nach Berlin gehen sollte, war die Freude groß. Schnell ging es auf den Grubenhof und ins Büro zum Meister, um sich abzumelden. Rasch waren auch Zolstod, Grubenbenzinlampe und Lederhelm zusammengepackt, und nach vielen Glückwünschen wurde die Reise nach Berlin angetreten.

Ran sitzen die Jungen hier und zeigen ihr Telegramm: „Triß Reisevorbereitungen, damit du Donnerstags, 26., nachmittags 5 Uhr, in Berlin zum Reichsberufswettkampf, Ausscheidungslampf, sein kannst. Genaue Anweisungen Eilboten unterwegs“. So sitzen sie alle durcheinander, der Freizeitlehrer aus München, der Malerlehrling aus Gleiwitz, der Behördenangestellte aus Muskau in der Oberlausitz.

Ran gehts zu den Mädels. Mit blonden, braunen und schwarzen Köpfen und mit mehr oder weniger erregten Gesichtern trinken sie ihren Kaffee, und das Tragen und Erzählen will gar kein Ende nehmen. Auch die Mädels sind fast alle zum erstenmal in Berlin, und fast immer hat es auch hier gerade noch in letzter Minute geklopert. Das Mädel aus Danzig, das gestern mittag den Eilbrief bekam, konnte nur noch mit Mühe und Not seinen Reisepaß erwischen.

Sie sitzen alle hier und können es noch gar nicht fassen, daß sie für den Ausscheidungslampf im Reichsberufswettkampf ausgerufen sind. Sechs herrliche Tage stehen ihnen bevor, an die sie sich ihr Leben lang zurückerinnern werden. E. D.

Aus den Organisationen

Der neue Organisationsplan der Deutschen Arbeitsfront

NSA. Wie das Presse- und Propagandaamt der Deutschen Arbeitsfront mitteilt, ist Joeben der neue Organisationsplan der Deutschen Arbeitsfront und der NSB „Kraft durch Freude“ fertiggestellt worden. Der Organisations-Amtleiter der DA und der Deutschen Arbeitsfront, Pa. Claus Selzer, hat in wochenlangem intensiver Arbeit dieses Werk geschaffen. Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, und sein Stellvertreter Rudolf Schöber haben mit Pa. Selzer gemeinschaftlich in den verschiedensten Besprechungen Erläuterungen zu dem Werk gegeben. Dieser neue Organisationsplan, der schon am 1. Mai in einer Auflage von drei Millionen Exemplaren gedruckt und unter das schaffende Volk gebracht wird, ist nicht eine trodene Instruktion, sondern eine planvolle und durchblutete Darstellung, die alles über die Organisation des schaffenden deutschen Volkes enthält. In diesem neuen Organisationsplan sind alle Dienststellen der DA, der NSB, der NS-Gruppen, der Deutschen Arbeitsfront und der NSG „Kraft durch Freude“ in ihrem wechselseitigen Verhältnis und in ihren Aufgaben bis ins einzelne erläutert und klargestellt. Dieses Buch zeigt dem schaffenden deutschen Menschen, welche Pflichten und welche Rechte er hat und wie er selbst sich in die gewaltige Riesenorganisation des schaffenden deutschen Volkes einreihet.

Organisationsänderung in der SA

NSA. Um für die kommenden wichtigen Aufgaben der Hitlerjugend eine noch einfachere Organisationsform zu schaffen, hat der Reichsjugendführer die Oberbanne der Hitlerjugend von jeglicher Verwaltungsarbeit entlastet. Mit sofortiger Wirkung sind sämtliche Abteilungen in den Städten der Oberbanne aufgehoben. Ihre Aufgaben gehen an die Gebiets- und Bannleitungen über. Der Oberbannführer bleibt als Dienststelle mit Verbindungsstellen, um ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen dem Gebietsführer und den unteren Einheiten zu gewährleisten.

Amerikanischer Sondergesandter in Berlin

Berlin, 27. April. Die amerikanische Botschaft veranstaltete anlässlich des Eintreffens des vom Staatssekretär der Vereinigten Staaten in besonderer Mission auf eine europäische Rundreise entsandten Sondergesandten Richard Child einen Empfang für die Vertreter der deutschen Presse. Der Sondergesandte hat im Laufe des Donnerstags dem Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, einen Besuch abgestattet. Er und Freiherr von Neurath haben zu gleicher Zeit in Rom als Botschafter gewirkt und sind seit dieser Zeit persönlich befreundet. Im Laufe des Tages hat Herr Child außerdem noch Besprechungen mit mehreren Vertretern der Bank- und Industriewelt gehabt und dem Reichswirtschaftsminister in Begleitung des amerikanischen Geschäftsträgers Whittle einen Besuch abgestattet. Herr Child beabsichtigt, in Berlin bis zum kommenden Mittwoch zu bleiben. Er beabsichtigt, auch mit weiteren Vertretern des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens Deutschlands in Fühlung zu treten. Im Anschluß daran ist unter Umständen der Besuch einiger Mittelpunkte der deutschen Industrie in Aussicht genommen.

Es wurde hervorgehoben, daß im Anschluß an die Londoner Weltwirtschaftskonferenz im wirtschaftlichen Gefüge Europas zahlreiche Verlagerungen eingetreten sind. Infolgedessen habe Staatssekretär Hull, der Präsident der Weltwirtschaftskonferenz gewesen ist, ebenso wie die gesamte Regierung der Vereinigten Staaten es für wichtig gehalten, die europäischen Wirtschaftsverhältnisse zum Gegenstand einer neuen besonderen Untersuchung zu machen. Herr Child unterstrich, daß es nicht seine

Aufgabe sei, Verhandlungen zu führen oder Vorschläge zu machen. Die Absicht seiner Regierung sei es, ihre Kenntnis von den Hindernissen, die sich sowohl in anderen Ländern wie in Amerika dem regelmäßigen Fließen der Handelsbeziehungen in den Weg stellen, zu vertiefen. Dieses ungeheure Problem könne nur gelöst werden auf dem Wege gemeinschaftlicher Arbeit. Es gebe keinen Diktator, der eine neue Weltwirtschaft erzwingen könne. Es sei ihm bekannt, daß sowohl in England wie in Deutschland vielfach die Auffassung vorherrsche, es müßten erst alle inneren politischen und wirtschaftlichen Fragen ins Gleichgewicht gelangt sein, ehe normale internationale Finanz- und Handelsbeziehungen wieder geschaffen werden könnten. Inzwischen müsse die Welt in vollem Umfange begreifen, daß nur eine planmäßige Weltwirtschaft mit einiger Wahrscheinlichkeit aus von der rüchläufigen Bewegung befreien könne, die dahin gehe, daß immer kleinere und kleinere Wirtschaftseinheiten auf der Basis der Autarkie zu leben versuchen. Die Besprechungen, die er bis jetzt gehabt habe, hätten nur dazu beigetragen, diese Auffassung zu bekräftigen.

Nach meiner persönlichen Meinung, der ich schon seit vielen Jahren anhängen, so erklärte Herr Child, würde die Schaffung eines neuen wirtschaftlichen Friedens wahrscheinlich tausendmal mehr dazu beitragen, Kriege zu verhüten, als die Abrüstung und die Abschließung von Verträgen. In der Zukunft wird deshalb die wichtigste Aufgabe der Diplomatie gerade darin zu suchen sein, daß dem Gewebe der Weltwirtschaft neue Fäden hinzugefügt werden. Herr Child lehnte es ab, sich über die Lage in Deutschland irgendwie zu äußern, solange er sie noch nicht aus Eigenem habe beobachten können.

Wie schließlich bekanntgegeben wurde, beabsichtigt er, am 1. Mai dem Staatsakt auf dem Tempelhofer Feld beizuwohnen.

Starhemberg über die Stellung Oesterreichs

Eine merkwürdige Rede

Wien, 27. April. Auf Einladung des Heimatschutzes hielt der Bundesführer der Heimwehren, Starhemberg, eine große Rede, in der er sich hauptsächlich mit der Stellung Oesterreichs im deutschen Volk befaßte. Starhemberg führte u. a. aus:

Am 1. Mai tritt eine neue Verfassung Oesterreichs in Kraft. Damit bekommt der neue österreichische Staat einen neuen einheitlichen Guß. Wesentlich ist, daß jetzt der neue Oesterreicher sich zur Geltung bringt. Die Ideen, die das alte große Oesterreich geschaffen hat und die vielfach fruchtbar und entscheidend für die gesamte europäische Entwicklung gewesen sind, müssen wieder die leitende Kraft der österreichischen Staatspolitik werden. Oesterreich war immer hundertprozentig deutsch. Oesterreichisch sein heißt deutsch sein. Ein wirklich österreichischer Staat wird immer ein ganz und gar deutscher Staat sein. Das deutsche Oesterreich hat deutsche Aufgaben zu erfüllen. Ein deutsches Oesterreich muß zum entscheidenden Faktor der gesamtdeutschen Entwicklung werden. Dies ist die Hauptfrage der Zukunft. Die österreichischen Aufgaben liegen in der engen Schicksalsgemeinschaft mit den großen deutschen Aufgaben. Das österreichische deutsche Volk hat besondere deutsche Aufgaben im Donauraum zu erfüllen. Daher ist es die Pflicht des deutschen und des österreichischen Volkes gegenüber Blut und Rasse, den Blick freizubehalten für die großen historischen Aufgaben und Ziele der Zukunft, die sich für die gesamtdeutsche Entwicklung bieten.

Oesterreich muß deutsch sein als ein selbständiges deutsches Oesterreich, muß eine eigene österreichische Währung haben, nicht aus lokalem Patriotismus heraus, sondern um wirklich gesamtdeutsche Politik im Donauraum treiben zu können. Die ungeliebte Kluft zwischen Deutschland und Oesterreich beruht weniger auf gewissen Ereignissen der letzten Wochen und Monate, sondern uralte Verschiedenheiten in der Auffassung der deutschen nationalen Begriffe des deutschen Blickenkreises sind wieder wach geworden. Hierin besteht vielfach eine andere Auffassung als im Norden Deutschlands. In vergangenen Jahrhunderten sind zum Nachteil des Gesamtdeutschtums diese Gegensätze oft zutage getreten, haben selbst zum Kampf um die Vormacht mit der Waffengewalt geführt. Der große Aufstieg der deutschen Nation wird jetzt beginnen. Die Zeit ist nicht allzu fern, wo man auch jenseits der österreichischen Grenze erkennen wird, daß das deutsche Oesterreich deutsch ist und die österreichische Auffassung des Deutschentums einen Platz in der gesamtdeutschen Entwicklung hat.

Daß diese Zeit nicht mehr allzu fern ist, kann bereits aus verschiedenen Dingen geschlossen werden. Die übertriebene und teils materialistische Auslegung des Begriffes „national“ muß überwunden werden. Überall in Europa sehen sich die jüdischen Ideen durch. Auf der Grundlage des jüdischen Gedankens ist die Verständigung der europäischen Völker möglich geworden.

Jedes Volk hat seine weltpolitische Sendung zu erfüllen. Das, was die alte österreichisch-ungarische Monarchie verkörpert hat, muß jetzt durch ein System gegenseitiger, vernünftig geregelter Beziehungen wieder entstehen. In dem Augenblick, wo das deutsche Oesterreich in einer solchen Gruppierung den entscheidenden Einfluß ausüben kann, wird Oesterreich in der Lage sein, die gesamtdeutschen Aufgaben im Donauraum zu erfüllen und dem Gesamtdeutschtum zu dienen. Aber es sei die besondere Aufgabe des Heimatschutzes, gerade die verhetzten marxistischen Arbeiter für das Vaterland zu gewinnen. Der neue österreichische Staat müsse ein sozialer Staat sein. Das Endziel sei erst erreicht, wenn die Ideen des Heimatschutzes Gesamteigentum der österreichischen Nation geworden seien. Besonders müßte jetzt die Jugend von dem Ideengut des Heimatschutzes erfüllt werden. Durch die gesamte Entwicklung der letzten Zeit sei jetzt die Regierung zur Trägerin der Heimatschutzideen geworden. Die innige Verschmelzung zwischen Heimatschutz und Vaterländischer Front werde bereits in den nächsten Tagen durchgeführt werden.

Starhemberg Bundesportführer?

Wien, 27. April. Die Regierung plant, wie die Presse meldet, die einheitliche Zusammenfassung des gesamten Sportwesens unter einer zentralen Leitung. Der Bundesführer des Heimatschutzes, Starhemberg, soll zum Bundesportführer ernannt werden. Diese Umgestaltung des österreichischen Sportwesens soll in Form einer Eingliederung in die Vaterländische Front erfolgen.

Demonstrationen gegen die Regierung in Linz

Linz, 27. April. Wie aus Linz berichtet wird, zogen am Mittwochabend aus der Umgebung von Gmunden zahlreiche Arbeiter unter dem Ruf „Heil Hitler“ in Gmunden ein. Eine Gruppe warf in die Villa des Bürgermeisters von Gmunden, Thomas, 80 Steine und zertrümmerte 40 Fensterscheiben. Die gleichen Vorgänge ereigneten sich vor der Wohnung des Bezirkshauptmanns. Auch kam es angeblich zu Schießereien, die jedoch keinen Schaden anrichteten. Man nimmt an, daß die Hausdurchsuchungen der letzten Tage der Anlaß zu den Kundgebungen gewesen sind. Die Polizei ging gegen die Demonstranten mit dem Gummi knüttel vor. Nach einer Stunde war die Ruhe wieder hergestellt.



Innsbruck, 27. April. Am Sonntag starb in Linz der wegen verbotener parteipolitischer Betätigung in Haft gewesene Franz Arlang aus Linz im Krankenhaus an den Folgen einer Magenoperation. Anlässlich des Begräbnisses war eine große Zahl nationalsozialistischer Parteigänger erschienen. Sie sangen an offenen Gräbern mit zum Hilergruß erhobenen Arm das Horst-Wessel-Lied. Im Zusammenhang damit wurden viele Personen verhaftet.

„Dauerfixierung“ des österreichischen Parlaments

Wien, 27. April. Die Entscheidung über die Einberufung des Nationalrates zum Inkrafttreten der neuen österreichischen Bundesverfassung ist gefallen. Die Bundesregierung wird die neue Verfassung auf parlamentarischem Wege in Kraft setzen lassen. In der Regierungsverordnung wird der der Christlich-Sozialen Partei angehörende zweite Präsident des Nationalrates, der Abgeordnete Kamek beauftragt, das Präsidium des Nationalrates zu übernehmen. Kamek hat daraufhin den Nationalrat auf Montag, 10 Uhr, einberufen. Auf der Tagesordnung stehen drei Punkte:

1. Die formelle Genehmigung der bisherigen Verordnungen der Regierung, die auf Grund des Kriegsermächtigungsgesetzes erlassen worden sind,
 2. die Genehmigung der neuen Bundesverfassung,
 3. die Ratifizierung des Konkordats mit dem Vatikan.
- In der Eröffnungsrede am Montag wird ein eigenartiges Verfahren eingeschlagen werden. Man wird davon ausgehen, daß die am 4. März 1933 infolge der Präsidentenkrise unterbrochene Sitzung des Nationalrates noch andauert. Unmittelbar nach Erledigung der Tagesordnung wird der Nationalrat aufgelöst werden. Das allgemeine Interesse richtet sich jetzt auf die Haltung der beiden oppositionellen Parteien, der Großdeutschen und der Landbündler. Wie von unterrichteter Seite verlautet, werden diese beiden Gruppen im Nationalrat eine gemeinsame grundsätzliche Erklärung abgeben. In Regierungskreisen sind lebhafteste Bemühungen im Gange eine Aussprache über die Punkte der Tagesordnung in der feierlichen Montagsitzung unter allen Umständen zu vermeiden.

Von der Berliner Transferkonferenz

Berlin, 27. April. Die Konferenz zwischen den Vertretern der Gläubiger der lang- und mittelfristigen deutschen Auslandsschulden und den Vertretern der Reichsbank ist am Freitag um 15 Uhr zusammengetreten. Leon Frazer, der Präsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Zum Sekretär wurde Direktor Bleffing von der Reichsbank ernannt. Es fand ein vorläufiger Gedankenaustausch über das Transferproblem statt, der zur Bildung von zwei Unterkomitees mit technischem Charakter führte, die ihre Arbeiten sofort aufnehmen. Die Konferenz wird ihre Aussprache am Samstag fortsetzen.

Vertreter der internationalen Handelskammer beim Reichskanzler

Berlin, 27. April. Reichskanzler Adolf Hitler empfing am Mittwoch den Präsidenten der Internationalen Handelskammer, Fentener von Biffingen, den Ehrenpräsidenten der Kammer, und Präsidenten der deutschen Gruppe der Kammer, sowie den Generalsekretär der Kammer, Bassuz, und das geschäftsführende Präsidialmitglied der deutschen Gruppe der Kammer, Dr. Hilland. An dem Empfang nahmen Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt, Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Lammer und Ministerialrat in der Reichskanzlei Dr. Willuhn teil. Präsident Fentener von Biffingen wies auf die Arbeiten der Internationalen Handelskammer hin, die einen vermehrten Warenaustausch zwischen den Völkern zum Ziele hätten. Die Handelskammer sei hiermit bestrebt, eine Befriedung der Welt zu erreichen, die wegen der jetzigen Handelspolitik fehle. Reichskanzler Adolf Hitler brachte zum Ausdruck, daß allein durch friedliche Arbeit die Not der Völker beseitigt werden könnten. Deutschland sei seiner Wirtschaftsförderung entsprechend, auf einen lebendigen Güteraustausch mit der Welt bedacht. Präsident Fentener von Biffingen bezeichnete die Befestigung der Währungen als die erste Voraussetzung für eine Beförderung der Handelsbeziehungen zwischen den Ländern. Er machte auch Ausführungen über die hierauf bezüglichen Auffassungen in einigen an dem Weltmarkt hauptsächlich beteiligten Ländern.

„Sie sind zu alt“

Berlin, 26. April. Bei den zuständigen Stellen, bei den Ministern, bei der Deutschen Arbeitsfront in gleicher Weise wie bei den Treuhändern der Arbeit häufen sich die Klagen, daß ältere Bewerber, die noch in den Jahren bester beruflicher Leistungsfähigkeit stehen, kurzerhand mit der Begründung abgewiesen werden: „Sie sind zu alt!“ Nicht als ob die Leistung angezweifelt würde; aber der ältere erfahrene Angestellte, der eine Familie zu ernähren hat, steht tariflich in der Regel höher einestufig als der junge, unterbezahlte, Treuhänder Dr. Däshner kritisiert ein derartiges Verhalten der Geschäftsführer aufs Schärfste und schreibt, wie das W.Z.-Büro meldet: Es muß grundsätzlich einmal ein Ende gemacht werden mit der bevölkerungs-, wirtschafts- und sozialpolitisch gleich verantwortungslosen Personalwahl nach der Höhe oder besser gesagt nach der Niedrigkeit des zu zahlenden Gehaltes. Nicht allein mit der Hakenkreuzfahne im Schaufenster, nicht allein mit dem Ausdruck des Spruches vom Gemeinnutz, der vor dem Eigennutz steht, in der Preisliste, sondern durch die Tat beweist man wahrhaft nationalsozialistische Gesinnung.

Prag und Paris einig

Die französischen Blätter zum Prager Besuch Barthous
Paris, 27. April. Der herzliche Empfang, den Außenminister Barthou in Prag erhalten hat, wird von den französischen Presse als bester Beweis für das gute Einverständnis zwischen beiden Nationen bezeichnet, die in allen Fragen Hand in Hand gingen, so daß der Meinungs-austausch in Prag nicht der Vereinfachung, sondern nur der Vertiefung diene. Besonders begrüßt wurden die herzlichen Trinksurbe, die Barthou und Beneš bei Festessen wechselten. Die positiven Ergebnisse dieser Aussprache werden sich nach dem Urteil der Blätter anderwärts zeigen. Beispielsweise in Genf. Außenminister Barthou habe Beneš, so berichtet der „Petit Parisien“, über alle Einzelheiten der letzten Etappe der Abrüstungsfrage unterrichtet. Die gemeinsame Faktion der Frankreich und die Tschechoslowakei beim Wiederauftritt des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz einnehmen würden, werde sich nach der Haltung gewisser Mächte in der Aussprache richten. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ behauptet, bereits der erste Tag habe volles Einverständnis in folgenden Fragen gebracht: Abrüstung, Anschluß und römische Protokolle.

Nur noch die Tschechoslowakei im französischen Fahrwasser

London, 27. April. Zu den französischen Werbungen um Polens Gunst schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“: Der französische Außenminister Barthou werde in Prag feststellen können, daß seine Aufgabe dort viel leichter sei als in Warschau. Von allen Verbündeten Frankreichs sei die Tschechoslowakei jetzt der einzige, der in jeder Frage beinahe unbedingt im französischen Fahrwasser segle. Polen, Rumänien, Jugoslawien und sogar Belgien stimmten mit der französischen Politik hinsichtlich Deutschlands, der Abrüstungsfrage, des Donauprobblems und Italiens nicht völlig überein.

Belgien gegen die Abrüstungspolitik Frankreichs?

Brüssel, 27. April. Ueber den Besuch des italienischen Unterstaatssekretärs Savich in der belgischen Hauptstadt und über seine Besprechungen mit Ministerpräsident de Broqueville und Außenminister Homans verlautet aus amtlichen Kreisen, daß der Besuch Savichs auf Wunsch der belgischen Regierung erfolgte. Es verlautet weiter, daß die belgische Regierung die Haltung, die de Broqueville in seiner letzten großen Rede umrissen hatte, nicht geändert hat, und daß der Standpunkt, den Frankreich in der Abrüstungsfrage einnimmt, von der belgischen Regierung keineswegs geteilt wird. Man hat hier den Eindruck, daß Frankreich beabsichtigt, in Genf vorbeugende Maßnahmen gegen eine Wiederaufrüstung Deutschlands vorzuschlagen, Maßnahmen, mit denen sich Belgien nicht einverstanden erklären könne. Man weist darauf hin, daß Belgien, das stets ein französisch-englisch-italienisches Abkommen gewünscht habe, sich jetzt vor die Wahl gestellt sieht, sich entweder einem aus Frankreich und der Kleinen Entente bestehenden Block anzuschließen, oder England und Italien zu folgen. Es sei klar, so betont man in amtlichen Kreisen, daß Belgien seine traditionelle Politik des Zusammengehens mit England verfolge und die gegenwärtige Politik Frankreichs nicht mitmachen werde. Belgien wolle um jeden Preis aber auch ein Veträufeln verhindern.

Besuch Mischanoffs in Budapest

Budapest, 27. April. Amtlich wird mitgeteilt: Der bulgarische Ministerpräsident Mischanoff, der ungarische Ministerpräsident Gömbös und Außenminister von Kanya trafen zu einer Besprechung zusammen. Im Verlauf der freundschaftlichen Aussprache wurden sämtliche wirtschaftlichen und politischen Fragen, die beide Länder besonders interessieren, besprochen. Die Minister haben, durchdrungen vom Geiste der Gerechtigkeit, des Friedens, die Gleichheit ihres Standpunktes in allen obigen Fragen festgestellt. Sie haben zugleich die Notwendigkeit der gegenseitigen Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen festgestellt.

Ueberführung der Landeskirche Nassau-Heffen in die Deutsche Ev. Reichskirche

Darmstadt, 27. April. Nach der am Donnerstag in Wiesbaden erfolgten Amtseinführung des Landesbischofs Dr. Dietrich durch den Reichsbischof Müller erfolgte in Darmstadt die Annahme des entscheidenden Kirchenratsbeschlusses über die Uebertragung der Befugnisse des Landesbischofs und der Landes-synode der evangelischen Landeskirche Nassau-Heffen auf die Deutsche Evangelische Kirche. Der ersten Tagung der Landes-synode wohnten Reichsbischof Müller und der Rechtsverwalter der deutschen evangelischen Kirche, Ministerialdirektor Dr. Säger, gleichzeitig als Vertreter der preussischen Regierung bei. Reichsbischof Ludwig Müller nahm kurz das Wort und ging auf die Bedeutung der Stunde ein, in der sich heute die deutsche evangelische Kirche befindet.

Finanzminister Samper

mit der spanischen Kabinettsbildung beauftragt

Madrid, 27. April. Nachdem der Präsident der Republik nochmals Besprechungen mit den Führern der wichtigsten politischen Gruppen gehabt hatte, beauftragte er den bisherigen Finanzminister Samper mit der Regierungsbildung. Das Kabinett soll möglichst den gleichen Charakter haben wie das zurückgetretene.

Arabischer Krieg geht weiter

London, 27. April. Der Kommandant der Truppen des Iman von Yemen, der im arabischen Krieg gegen die Saudis befehligte, wurde gefangen genommen. Nachdem die saudischen Truppen die Stadt Midl am Donnerstag genommen hatten, unternahm er einen Fluchtversuch, wurde jedoch mit Panzerautos verfolgt und gefangen genommen.

Da der Iman von Yemen mit den vorgeschlagenen Bedingungen des Waffenstillstandes noch nicht einverstanden ist, werden die kriegerischen Unternehmungen fortgesetzt.

Wieder ein großer Dorfbrand in Polen

Kattowitz, 27. April. Nachdem erst vor kurzer Zeit das Dorf Nozyczenice von einer verheerenden Feuersbrunst heimgesucht worden war, der 72 Anwesen zum Opfer fielen, wird jetzt ein neues großes Feuer aus der Wozwodschast Kielec gemeldet. Diesmal handelt es sich um das gleichfalls bei Sandbusch gelegene Dorf Strzypowa, wo ein Brand wütete, der elf Anwesen einäscherte. Soweit bisher bekannt, sind Menschenleben nicht zu Schaden gekommen. Aus Nozyczenice wird noch ergänzend gemeldet, daß außer den vier Dorfbewohnern, die in den Flammen umgekommen sind, weitere 12 Personen vermisst werden. Es wird angenommen, daß sie in den Wäldern umherirren.

Verhandlungen wegen des Verkaufs der chinesischen Ostbahn

Tokio, 27. April. Die Verhandlungen wegen des Verkaufs der chinesischen Ostbahn sind nach längerer Pause wieder aufgenommen worden. In japanischen Kreisen hofft man auf eine baldige Einigung. Der mandchurische Stellvertreter Außenminister Dohshi machte dem Sowjetvertreter einen Gegenvorschlag auf das von der Sowjetunion kürzlich gemachte Angebot und beantwortete einige Fragen, die die Sowjetvertreter an ihn stellten.

Erfolge Jagd nach dem früheren

kubanischen Präsidenten Machado

New York, 27. April. Der von der kubanischen Regierung wegen Mordes angeklagte frühere kubanische Präsident Machado wurde am Donnerstag in fünf Staaten der Union gesucht, jedoch war keine Spur von ihm zu entdecken. Die Grenze nach Kanada wird scharf überwacht, da man annimmt, daß Machado sich nach Kanada wenden wird. Aus Havana wird gemeldet, daß die kubanische Regierung die Auslieferung Machados von jedem Lande verlangen würde, das der frühere Präsident betrete.

Lokales

Wildbad, 28. April 1934.

Nachmittagskonzert. Am Sonntag den 29. April, findet nachmittags von 3—4 Uhr auf dem Adolf-Hitler-Platz ein Konzert der Kapelle des Musikvereins Wildbad statt. Leitung: Eugen Armbrust.

Die Kurzeit beginnt. Der Badkommissar teilt uns mit: Mit Rücksicht auf die Aenderungen in den Veranstaltungen, die die Erstellung der Neuen Trinkhalle im Laufe der Kurzeit mit sich bringen, wird ein Plan der Allgemeinen Veranstaltungen für die Kurzeit 1934, wie in früheren Jahren, nicht ausgegeben. Dagegen wird jeder Kurtag ein kleiner ganz allgemein gehaltener Unterhaltungsplan beigelegt, der seine Ergänzung findet in einem **Wochenplan**, welcher in den Zeitungen, Anschlagstellen und in allen Hotels jeweils zur Kenntnis gelangt. — **Dienstag** den 1. Mai als dem Nationalfeiertag, dem Tag der Deutschen Arbeit, wirkt das Staatl. Kurorchester an den seitens der Stadt geplanten Festschleifen mit und spielt von 7—8 Uhr vormittags und von 11—12 Uhr auf dem Adolf-Hitler-Platz und abends in der Städtischen Festhalle. — In Folge von Bauarbeiten vor der alten Trinkhalle wird das Morgenzongert erst vom 6. Mai ab daseibst ausgeführt, bis dahin auf dem Adolf-Hitler-Platz oder im Kurjaal.

Sprollenhäuser, Nonnenmisch und übrige Parzellen. Das erfreuliche zunehmende Interesse aller Kreise der Bevölkerung gegenüber der **NS-Volkswohlfahrt (NSV)** ist wesentlich der Anlaß dafür, daß in Wäldern in **Sprollenhäuser eine NSV-Werbe- und Aufklärungsversammlung** stattfindet. Sie fällt auf einen Sonntag. Genauere Angaben folgen an gleicher Stelle und am Schwarzen Brett. Eingehend dargelegt soll werden, was die NSV ist und will, wie sich gliedert und was sie künftig zu leisten hat. Anschließend findet **Fragenbeantwortung** statt, ebenso **Aufnahmen** in die NSV. Aufnahme kann jeder Reichsdeutsche finden, welcher über 18 Jahre alt und arischer Abstammung ist. Für jeden beträgt die 1 malige Aufnahmegebühr 50 Pfennig; der Mindestmonatsbeitrag für Parteimitglieder und Mitglieder der **NSDAP-Untereinrichtungen** ist 50 Pfennig. Dagegen für **Partei-Nichtmitglieder**, die also ebenfalls Aufnahme finden können, wenigstens 1 Mark monatlich. Der Presse-Werbe- und Organisationsrat der NSV, Ortsgruppe Wildbad.

— **Der Verkauf des Festabzeichens zum 1. Mai hat begonnen.** Am Freitag hat im ganzen Reich der öffentliche Vertrieb des Festabzeichens zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes begonnen. Die Plakette hat in allen Bevölkerungskreisen außerordentlichen Anklang gefunden, da sie gerade von den schaffenden deutschen Volksgenossen als ihr Denkmal der Arbeit angesehen wird und als Mittel der Arbeitsbeschaffung Tausenden von deutschen Volksgenossen Arbeit und Brot gegeben hat. Jeder einzelne bekommt seine Verbundenheit mit dem Arbeiter der Stütz und der Faust durch das Tragen des Festabzeichens. Der Verkaufspreis für das Abzeichen ist für das ganze Reich auf 20 Pfg. festgesetzt.

— **Der Flieder blüht.** Die Kunst unserer Gärtner hat es dahin gebracht, daß blühender Flieder fast das ganze Jahr über zu haben ist. Schöner aber als der im Treibhaus durch allerlei Kunstgriffe gewonnene Flieder, ist der im Garten zur rechten Zeit gewachsene. Der Flieder gehört zu den wenigen Blumen, die wohl nie aus der Mode kommen werden. Er verdient es, geschätzt und geieiert zu werden wegen seiner schön gestalteten Dolden und seines herrlichen Wohlgeruches. Die Heimat des Fliederstrauches ist der nahe Orient. Den Hauptbestandteil des bei uns angepflanzten Flieders bildet die Art *Syringa vulgaris*, deren Blütenolden in allen Farbensättigungen des Rosa vom hellsten bis zum dunkelsten Ton wechseln. Aber wie alles Irdische, so ist auch die Fliederblüte vergänglich. Der Industrie ist es aber gelungen, den Fliederduft einzufangen und im wahrsten Sinne des Wortes „auf Fäden zu ziehen“. So ein Fädischen Fliederparfüm oder zum wenigsten ein Stück guter Fliederseife sind nicht zu verachtende Dinge.

Württemberg

Stuttgart, 27. April. (Auto fähri in SS. * K o - l o n n e.) Im Königstraße in Degerloch, unmittelbar hinter den Tennisplätzen, ereignete sich am Donnerstag abend ein tragischer Unglücksfall, den ein leichtsinniger und wahrscheinlich betrunkenen Autofahrer verschuldete. Der Autofahrer fuhr in rasender Fahrt in eine ihm entgegenkommende SS-Kolonnen von etwa 60 Mann, wodurch ein am Schluß marschierender SS-Mann namens Mauler schwer verletzt wurde. Mit lebensgefährlichen Verletzungen, mit einem Schädel- und einem Beinbruch wurde der Verletzte ins Marienhospital gebracht. Ein zweiter SS-Mann wurde nur leicht verletzt. Der Fahrer drehte sofort das Licht ab und fuhr in überaus raschem Tempo davon.

Amtseinführung. Wirtschaftsminister Dr. Lehnich hat die neuen Mitglieder des Württ. Industrie- und Handelstages und der Handelskammer Stuttgart, an ihrer Spitze Präsident Fritz Kiehn-Trossingen, persönlich eingesetzt. Präsident Kiehn übernahm für sich und seine Mitarbeiter in längerer Ansprache das übertragene Amt.

Motorradunfall. Am Donnerstag abend verunglückte auf der Strake zwischen Bojnana und Feuerbach der

22 Jahre alte SS-Mann Josef Schmied aus Kornwestheim sehr schwer. Wie es zu dem schweren Sturz kam, konnte noch nicht geklärt werden. Schmied wurde von einem vorüberfahrenden Stuttgarter Kraftwagenbesitzer aufgefunden und in das Feuerbacher Krankenhaus verbracht.

Aus dem Lande

Böblingen, 27. April. (Luftfahrt-Museum.) Das Deutsche Luftfahrt-Museum Böblingen erwartet in den nächsten Tagen seinen diesjährigen 8000. Besucher. Am 1. Mai hat das Museum den Eintrittspreis allgemein auf 10 Pfg. ermäßigt. Es soll damit jedem die Besichtigung des interessanten Flugmaterials ermöglicht werden.

Tübingen, 27. April. (Beginn des Sommersemester.) Das diesjährige Sommersemester beginnt erst am 7. Mai. An diesem Tag werden die Vorlesungen aufgenommen. Diese Maßnahme war geboten, da ein großer Teil der Studenten im Arbeitsdienst ist.

Neutlingen, 27. April. (Wieder 19 Prozent Umlage.) Im Gemeinderat begann die Beratung der ersten Voranschläge, da der Gesamthaushaltsvoranschlag bis Mitte Mai verabschiedet sein muß. Wie Stadtpfleger Brudlacher mitteilte, konnte eine Senkung der Gemeindeumlage nicht in Frage kommen. Diese wird wie seither auf 19 Prozent be-

Keiner fehlt am 1. Mai!

Schreiber-Bödingen über „Die evang. Familie in der evangelischen Gemeinde“, abends Oberkirchenrat Schaal über „Die evang. Männer im Evang. Gemeindedienst“. Die Verhandlungen der Abgeordneten finden am Montag, die des Landesauschusses am Sonntag statt.

Ellwangen, 27. April. (Selbstmord im Gefängnis.) In einem Anfall von Schwermut erhängte sich im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis ein lediger Schäfer einer benachbarten Teilgemeinde. Er war in Haft genommen worden, weil er gegen einen Vollstreckungsbeamten tödlich vorgegangen war.

Heidenheim, 27. April. (17 Prozent Umlage.) Im städtischen Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1934 bleibt der Gesamtzuschuß-Bedarf mit 560 000 RM. um 155 000 RM. hinter dem des Vorjahres zurück. Zur Deckung des Abmangels von 560 000 RM. ist wie in den letzten Jahren eine 17prozentige Umlage auf die Ertragskataster vorgezogen, dazu treten die Zillasteuer und die Warenhaussteuer mit je 40 Prozent der Gemeindegewerbesteuer. Eine Senkung der Umlage war trotz Verringerung des Zuschußbedarfs nicht möglich.

Waiblingen, 27. April. (Schwerer Unfall.) Mittwochabend wurde ein 75jähriger Mann von Röhlingen von einem Berliner Auto angefahren, so daß der Mann beide Unterschenkel mehrmals brach.

Roßweil, 27. April. (Die erste Sicherungsverwahrung.) Gegen den 41 Jahre alten geschiedenen früheren Händler Josef Maier von Nuorn O. Oberndorf,

der 34 Vorstrafen wegen Diebstahl, Unterschlagung, Betrugs, Beitel usw. und weitere 13 schwere Strafen wegen Betrugs i. N. u. a. hat, wurde von der Großen Strafkammer Sicherungsverwahrung angeordnet.

Ulm, 27. April. (18 Prozent Umlage.) Der Haushaltplan der Stadtverwaltung Ulm ist in Einnahmen und Ausgaben mit 18 814 779 RM. bei 18 Prozent Umlage ausgeglichen. In außerordentlichen Dedungsmitteln sind 1 047 840 RM. eingelegt. Der Schuldenstand der Stadtgemeinde Ulm war am 1. April 1934 23 683 298 RM.

Sport-Vorschau

Der Sport am Sonntag
Um die Deutsche Fußballmeisterschaft

Gruppe Südwest
In Mannheim: SV Waldhof — Offenbacher Kickers
In Heilbronn: Union Böckingen — Mühlheimer SV.

Gruppe Mitte
In Jülich: 1 FC Nürnberg — Wader Halle
In Leipzig: Dresdener SC — Borussia Fulda

Gruppe Nordwest
In Düsseldorf: VfL Venrath — Werder Bremen
In Hamburg: Eintracht — Schalke 04

Gruppe Ost:
In Berlin: Victoria Berlin — Beuthen 09
In Danzig: Preußen Danzig — Victoria Stolz

Veranstaltet und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Badblatt, Wildbad i. Schwarzwald (Geb. Th. Gack) Nr. 3, 34, 740.

Neuenbürg den 24. April 1934.

Vorsitzender des Vorstands:
gez.: H. Wentsch.

Hotel gold. Ochsen
Wirtschaftseröffnung am 29. April
Geschäftsführer: A. GLASBRENNER UND FRAU.

PENSION RATH
Sonntag, den 29. April
Wirtschafts-Eröffnung!

Schützenverein Wildbad
Gegründet 1843.
Heute Samstagabend 9 Uhr findet im Hotel „Deutscher Hof“ eine außerordentliche **Mitglieder-Versammlung** statt.
Tagesordnung:
1. Wahl des Oberschützenmeisters.
2. Verschiedenes.
Ich erwarte vollständige Beteiligung der Ehren-, aktiven und passiven Mitglieder im Interesse der wichtigen Tagesordnung. Der Schützenmeister.
NB. **Schlußschießen** am Sonntag, 29. April 1934

Sämtliche Druckerarbeiten
liefert schnell und preiswert die Tagblatt-Druckerei

Unkündbare TILGUNGSDARLEHEN
für jeden Zweck erhalten Sie durch Darlehensvertrag bei der Württ. Kreditkassa Stuttgart (unter Aufsicht des Reichsbankenausschusses) günstige Bedingungen — größte Sicherheit. Auskunft erteilt der Haus- und Grundbesitzerverein e. V., Heilbronn a. N., Türoststraße 14.
Hauptvertret.: Fritz Müller, Neuenbürg, Brunnenstr.
Bei schriftlichen Anfragen Rückporto erbeten.

Die Deutsche Rundfunk
Fritz Müller
16 Seiten stark, mit Zeitprogramm, vielen Bildern und Texten
Die bestausgestattete und inhaltsreiche Deutsche Rundfunkschrift
Mit Sonderversicherung
Monatsabonnement nur 25 Pf., durch die Post Einzelschrift 25 Pf.
Probeheft 1934 umsonst vom Verlag, Berlin N 24

Wildbader und Neuenbürger Musikschule.

Sonntag den 29. April 1934, findet im großen Saal des Hotel „Schwarzwaldhof“ in Wildbad nachmittags 4 Uhr das diesjährige

Schüler-Vorspiel

statt. Ausgeführt von Schülerinnen u. Schülern von Wildbad, Neuenbürg und Calmbach. Jedermann, der für berufs- und fachmännische Musikerziehung Interesse hat, ist höflichst eingeladen.

Ernst Müller

Musikdirektor.

Eintritt frei! Eintritt frei!

(Programm 50 Pfg. Der Gesamtertrag geht restlos an die Volkswohlfahrt!)

Meine Vertragserneuerung hat mit dem Ausscheiden des Herrn Direktor Busch nichts zu tun. Schwäger verfolge ich
R. E. Gellingsheimer.
Wildbad, den 28. April 1934.

Pfaff-Nähmaschinen
Anerkannt best. deutsches Fabrikat
Sticken, Stopfen, Nähen vor- und rückwärts empfiehlt
bei bequemer Ratenzahlung
Karl Tubach jun.
Telephon 437

Einladung.
Ich bitte den **Jahrgang 1914 und 15** sich Samstagabend 8 Uhr im Kaffee Wintler einzufinden.
Der Vorstand.

F. B. Wildbad
Morgen Sonntag den 29. April, nachm. 3 Uhr, auf dem Sportplatz beim Windhof
2. Aufstiegs spiel
gegen **Dietersweiler**
Borher 2. Mannschaften.

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM

Für den Aufenthalt im Freien

Feldstuhl Holzgestell naturfarbig, Halbleinen-Bezug indanthrenfarbig	0.85	Pfefferminztabletten 3 Stangen	0.10
Feldstuhl naturfarbig lackiert, Halbleinen-Bezug indanthrenfarbig gestreift, große Sitzfläche	1.10	Säuerlinge Dose Inhalt 35 Gramm	0.10
Feldstuhl Holzgestell geölt, mit Rückenlehne, Halbleinen-Bezug indanthrenfarbig gestreift, große Sitzfläche	1.75	Eisbrocken stark gesüßert Pfund	0.70
Isolierflasche Blechmantel lackiert, Aluminiumbecher, Inh. 1/2 Liter	0.65	Vierfrucht-Schokolade mit Mandeln, Nüssen, Rosinen und Orangen, in Taschenpackung 100 g	0.30

Nur noch einige Tage und die Kurzeit beginnt!

Alle Geschäfte und Betriebe, die von der Kurzeit einen erhöhten Umsatz erhoffen, sollten durch eine Anzeige im

„Wildbader Badblatt“ Amtliche Kurliste und Konzert-Anzeiger

für sich werben lassen. Es empfiehlt sich, Anzeigen schon in den ersten Nummern des „Wildbader Badblatt“ erscheinen zu lassen, da gerade diese in erhöhter Auflage erscheinen und viel verlangt werden. Niedrigst gestellter Anzeigenpreis ermöglicht es jedem Geschäftsmann, mit Erfolg Werbung im Badblatt zu treiben.

Jedes Hotel, jede Pension, jeder Zimmervermieter sollte im Interesse seiner Kurgäste Bezieher des „Wildbader Badblatt“ sein. Um eine pünktliche Zustellung der Zeitung sicherzustellen, geschieht diese durch die Post und nehmen schon jetzt Bestellungen die Briefträger sowie das Postamt entgegen.

Für die erste Nummer vorgesehene Anzeigen wolle man bitte sofort aufgeben.

Verlag des „Wildbader Badblatt“
Th. Gack / Telephon 479.

Werdet Mitglied der NS-Volkswohlfahrt!

Café und Pension Grossmann ab Sonntag, den 29. April wieder geöffnet!

KURSAAL WILDBAD
Sonntag den 29. April
Eröffnung der Restaurationsräume
Nachmittags von 1/2 5—1/2 7 Uhr Abends 8—10 Uhr
Konzert mit Tanz
ausgeführt von einer Gruppe des Alhaca-Handharmonika-Orchesters
Eintritt frei für Jedermann
Zugang zwischen König-Karl-Bad und Hotel Quellenhof

Evangelischer Gottesdienst.
Sonntag Kantate den 29. April 1934.
9.30 Uhr Predigt (Text: Kolosser 3, 12—17; Lied: 20) Stadtpfarrer Dauber. — Der Kirchenchor singt: „Freut euch des Herrn“, von Schütz; „Lobe den Herren“, von Bach. — 10.45 Uhr Kindergottesdienst. Keine Christenlehre.
8 Uhr abends Liturgischer Gottesdienst, Stadtpfarrer Dauber.
Dienstag den 1. Mai 1934.
8 Uhr vormittags Festgottesdienst Stadtpfarrer Dauber.

Katholischer Gottesdienst.
4. Sonntag nach Ostern (Kantate) den 29. April 1934.
7 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Predigt und Amt. Nachmittags 1.45 Uhr Christenlehre und Andacht.
Werktags: 7 Uhr hl. Messe, Donnerstag keine hl. Messe.
Beicht: Samstag nachmittag von 4 Uhr an, Sonntag in der Früh, Werktags vor der hl. Messe.
Kommunion: Sonn- und Werktags vor und während der hl. Messe und des Amtes, Donnerstag 6.30.
Die Stunde des Festgottesdienstes am nationalen Feiertag (1. Mai) und die Zeit der Mariandachten wird am Montag bekannt gegeben.